



Hans-Peter Schwarz

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schwarz, geb. 1934 in Lörrach, studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Volkswirtschaft sowie Soziologie und Politikwissenschaft in Basel und in Freiburg im Breisgau. Nach der Habilitation erhielt er 1966 einen Lehrstuhl für Politologie an der Universität Hamburg. 1974 bis 1987 ordentlicher Professor für Politische Wissenschaften und Direktor des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaften und Europäische Fragen an der Universität zu Köln. Anschließend bis zu seiner Emeritierung 1999 Ordinarius für Politikwissenschaften und Direktor des Seminars für Politische Wissenschaften der Universität Bonn. Gastprofessuren in Oxford, Washington und am Bologna Center der Johns Hopkins University.

Schwarz befasste sich mit jüngerer deutscher Geschichte, deutscher Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik, Entwicklungen in Europa und der internationalen Ordnung sowie mit politischen Akteuren und Parteien. Sein frühes Buch „Vom Reich zur Bundesrepublik“ gilt als wichtigste Darstellung der Besatzungszeit. In der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ ist Schwarz als Autor von zwei der fünf Bände vertreten, die Adenauer gewidmet sind. 1986 und 1991 erschien seine zweibändige Adenauer-Biographie.

Weitere Buchveröffentlichungen u. a: „Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik“ (Berlin 2005), „Phantastische Wirklichkeit. Das 20. Jahrhundert im Spiegel des Polit-Thrillers“ (München 2006), „Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter, Mediokritäten“ (München 2010) und „Helmut Kohl. Eine politische Biographie“ (München 2012).

Für sein Werk erhielt Schwarz mehrere Auszeichnungen, unter anderem den Historiker-Preis der Stadt Münster, den Konrad-Adenauer-Preis, den Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik und das Große Bundesverdienstkreuz.

Kontakt

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schwarz
Deutsche Verlags-Anstalt
Neumarkter Straße 28
81673 München
Deutschland

„Licht und Schatten des Helmut Kohl“

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Helmut-Kohl-Biographen Hans-Peter Schwarz

Er war der Kanzler der Einheit und ein Vorkämpfer der europäischen Einigung. 16 Jahre lang, von 1982 bis 1998, lenkte Helmut Kohl die Geschicke der Bundesrepublik und des wiedervereinigten Deutschlands. Der renommierte Zeit-historiker Hans-Peter Schwarz widmet ihm auf der Basis umfangreichen und unveröffentlichten Quellenmaterials eine erste, tiefgreifende und mehr als tausend Seiten umfassende Biographie: „Helmut Kohl. Eine politische Biographie“ (Deutsche Verlags-Anstalt, München 2012). Angefangen bei Kohls politischem Engagement als Mitbegründer der Jungen Union in seiner Heimatstadt Ludwigshafen, über die Zeit als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und die Jahre des Parteivorsitzes der CDU sowie der Kanzlerschaft bis zur Parteispendenaffäre zeichnet er das politische Wirken des „Riesen“, wie er ihn im Epilog nennt, nach und entwirft ein zeitgeschichtliches Panorama. Für ihn ist „Kohl neben dem Gründungskanzler Adenauer zweifellos der Bundeskanzler, der in der Geschichte Deutschlands die breitesten Spuren hinterlassen hat“.

conturen: Herr Professor Schwarz, nach dem Tode Konrad Adenauers legten Sie eine umfangreiche zweibändige Biographie des ersten Kanzlers der Bundesrepublik vor. Mit Ihrer Biographie „Helmut Kohl“ haben Sie sich jetzt erneut einem langjährigen deutschen Bundeskanzler zugewandt. Allerdings lebt dieser noch. Hat das für Ihre Herangehensweise, Ihre Recherchen und letztlich Ihre Darstellung einen Unterschied gemacht?

Hans-Peter Schwarz: Adenauer ist 1967 verstorben. Die beiden Bände meiner Adenauer-Biographie sind 1986 und 1991 erschienen. Natürlich schreibt man über einen Kanzler, den seit zwanzig oder 25 Jahren in Rhöndorf der Rasen deckt, etwas ungenierter als über einen Lebenden. Dass Helmut Kohl seit längerem schon gesundheitlich stark angeschlagen ist, verpflichtet zu einer gewissen Milde. Man vermeidet allzu scharfe Formulierungen, muss allerdings auch bei der Arbeit über einen von Krankheit geschlag-

*Eine gewisse
Milde*

***Von Adenauer
stark beeindruckt***

nen Kanzler bei der historischen Wahrheit bleiben. Der Hauptunterschied zwischen meinen Biographien über Adenauer und Kohl ergab sich aber aus dem Umstand, dass ich an den Entscheidungsprozessen in den Jahrzehnten, als Kohl auf der Bonner Polit-Szene erst eine stark wahrgenommene, dann die dominierende Größe war, viel näher dran war als bei Adenauer. Als Gymnasiast, Student, Assistent und schließlich als junger Professor der Politischen Wissenschaft war ich zwar mit dem Zeitgeist und den heftigen Kontroversen der Ära Adenauer gut vertraut. Aber ich lebte fern von Bonn und habe den alten Herrn nur ein einziges Mal, im Sommer 1966, zu einem Gespräch aufsuchen können, bei dem er mich übrigens stark beeindruckt hat.

Anders im Fall von Helmut Kohl. Zwischen 1973 und 2000 hatte ich ein Ordinariat für Politische Wissenschaft erst an der Universität Köln, dann in Bonn, mein Wohnsitz war aber die ganze Zeit über in Bonn-Bad Godesberg, also vier oder fünf Autominuten von den Entscheidungszentren entfernt. Ein Hauptstadtprofessor meiner Profession gleicht in vielem einem gut eingeführten, langjährigen Hauptstadtjournalisten. So verfügte ich auch über ein entsprechendes Netzwerk in den politischen Raum hinein, zu dem mancher aus dem Umfeld von Helmut Kohl gehörte. Schon in seiner Zeit als Oppositionsführer kannte ich ihn persönlich. Ich verstand mich in erster Linie als Beobachter, doch als stark engagierter Beobachter, der in verschiedenen politischen Zirkeln mitwirkte und ständig in Zeitungskolumnen, in Aufsätzen, doch auch in pointierten Büchern Analysen publizierte, wobei ich oft mit Kritik nicht sparte, was bei Hofe nicht immer Zustimmung erweckte. Als ich mich so um 2008 und 2009 entschloss, eine Biographie über Kohl zu schreiben, fand ich mich also persönlich in einer völlig anderen Lage als bei Adenauer. Ich hatte die Ära Kohl, wenn Sie so wollen, „hautnah“ miterlebt und musste anhand neu zu erschließender Quellen und unter kritischer Auswertung eines wahren Ozeans voller offener Quellen kritisch, aber auch selbstkritisch herauszufinden suchen, um mit Ranke zu sprechen, „wie es eigentlich gewesen“ ist.

***Die Ära Kohl
hautnah
miterlebt***

In beiden Fällen bestand jedoch eine Gemeinsamkeit: die zu schildernden Vorgänge der jeweiligen Kanzlerschaft und der Jahre zuvor lagen bereits weit zurück. Seitdem einerseits Adenauer, andererseits Kohl das Kanzleramt verlassen hatten, genauer gesagt: verlassen mussten, hatte sich im Innern und vor allem auch im internationalen System so viel grundlegend verändert, dass ein ei-

nigermäßen fundiertes Gesamturteil über die Politik möglich ist. Zu den Vergleichbarkeiten gehörte auch eine günstige Quellenlage. Ich hatte Zugang zu Quellen, die zuvor unzugänglich waren. Das alles war letztlich wichtiger als der Umstand, ob man über einen Zeitgenossen oder einen schon lange Verstorbenen arbeitet.

conturen: Wie sieht generell die Quellenlage aus, wenn Sie sich so unmittelbar der Zeitgeschichte zuwenden? Einerseits leben viele Zeitzeugen noch. Andererseits befinden sich Aktenbestände nach wie vor unter Verschluss. Was konnten Sie einsehen und was blieb Ihnen verschlossen?

Hans-Peter Schwarz: Ein CDU-Vorsitzender, der, in Ludwigshafen startend, über die Parteiorganisationen von Rheinland-Pfalz bis in die höchsten Gremien der Bundespartei aufgestiegen ist, hinterlässt in zahllosen Sitzungsprotokollen und in der Korrespondenz eine breite Spur. Die Arbeit an einer Kohl-Biographie hätte mich nicht reizen können, wären mir die entsprechenden Archivalien der CDU und der CDU/CSU-Fraktion nicht zur Verfügung gestanden. Tagebücher zentral platzierter Akteure und zahlreiche Interviews mussten hinzutreten. Der Historiker zeitgeschichtlicher Vorgänge darf nicht davor zurückschrecken, einen ganzen Ozean voller offener Quellen zu durchschwimmen. Kohl selbst hat eine Überfülle von Reden und Interviews hinterlassen. Genauso aufschlussreich sind die Berichte und die zeitgenössischen Porträtstudien jener vielen Korrespondenten, die jeden Bundeskanzler wie die Luchse belauern. Auch eine gründliche Auswertung der wöchentlichen Wasserstandsmeldungen durch die Umfrageinstitute ist unerlässlich.

Wichtig war vor allem, dass ich die Genehmigung erhielt, die Gesprächsprotokolle über Unterredungen Kohls mit vielen ausländischen Staatsmännern einzusehen und zu verwerten. Dabei lag mir daran, nicht nur die Gespräche mit den Politikern der Großmächte, sondern auch der mittleren und kleineren Länder einzubeziehen, einschließlich des Kommissionspräsidenten Jacques Delors. In bunter Folge gibt sich ein Staatspräsident, ein Ministerpräsident und ein Außenminister nach dem anderen im Bundeskanzleramt die Klinke in die Hand, und jedes Gespräch wird protokolliert. Da liegt eine Riesenmenge an Informationen. Gerade wenn man auch anscheinend weniger wichtige Gesprächspartner heranzieht, ergibt sich ein recht deutliches Bild. Ein Hauptvergnügen vieler Staatsmänner und Staatsfrauen besteht schließlich darin, Informationen auszutauschen über das, was der oder jener

Reden, Interviews, Protokolle, Korrespondenz, Tagebücher etc. als Quellen

Ein Ozean an Information

ihm streng vertraulich mitgeteilt hat. Viel von dem, was beispielsweise ein deutscher Kanzler und eine britische Premierministerin einander nicht direkt ins Gesicht sagen wollen oder was in den Gesprächsprotokollen nur knapp angetippt worden ist, erfährt man aus vorangegangenen oder nachfolgenden Gesprächen mit Dritten. Die Quellenbasis meiner Biographie ist also breit und tief. Doch bleibt manches noch zu erschließen.

Bei meiner Adenauer-Biographie hatte ich den Vorzug, große Teile der Korrespondenz, Privatkorrespondenz inbegriffen, soweit sie erhalten war, voll einsehen zu können. Adenauer kam zudem noch aus einer Zeit, in der man viel mehr schrieb. Selbst im Verhältnis von Kanzler zu Kabinettsminister artikulierte man sich viel häufiger schriftlich, als das heute der Fall ist. Für meine Kohl-Biographie konnte ich dagegen nur Briefe verwerten, die sich im Besitz Dritter befanden. Die Privatkorrespondenz, die möglicherweise auf die Entwicklungsgeschichte Kohls im Alter von zwanzig, dreißig oder mehr Jahren interessante Hinweise geben könnte, liegt noch unter Verschluss. Allerdings bin ich der Meinung, dass das Privatleben eines Spitzenpolitikers zumindest zu seinen Lebzeiten tabu sein sollte. Seine Politik wirft hinlänglich viele Fragen auf, die erhellt werden müssen. In unserer Medienlandschaft grassiert jedoch eine unstillbare Neugier auf politische Größen, bei der sich die voyeuristische Kammerdienerperspektive mit feministisch inspirierter Opfervermutung bezüglich der Ehefrau verbindet. Auch Kohl musste und muss das erleben, obschon es für die historische Bewertung eines Kanzlers völlig unerheblich ist, ob dieser ein guter oder ein weniger guter Ehemann und Familienvater gewesen ist. Diese Diskussion konnte auch in meiner Biographie nicht völlig ausgespart werden, wobei ich aber nur offene Quellen auswerten wollte. Ich habe dem Buch mit Bedacht den Untertitel gegeben: „Eine politische Biographie.“

Da in den kommenden Jahrzehnten aus deutschen und ausländischen Archiven eine Überfülle an weiteren relevanten Quellen zutage kommen wird, habe ich auch demütig formuliert, ich könne nur einen „gutinformierten Zwischenbericht“ geben. Dennoch ist nach meinem Dafürhalten die Quellenbasis doch so breit, dass ein gerechtes und geboten vielschichtiges Bild Kohls entstanden ist, der, wie die meisten bedeutenden Menschen, auch ein Bündel von Widersprüchen war und wohl auch heute noch ist.

conturen: Und wie steht es um Kohls Stasi-Akten, die ja einst für große Aufregung sorgten? Konnten Sie sie einsehen?

*Das Privatleben
sollte tabu sein*

Voyeurismus

*Ein Zwischen-
bericht*

Hans-Peter Schwarz: Nein. Kohl hat vor den Gerichten erreicht, dass niemand außer ihm selbst in seine Stasi-Akten Einsicht haben darf. Das ist eine richtige Entscheidung. Ob sich später einmal, wenn die Kohl'schen Stasi-Akten einsehbar sind, in einigen Aspekten ein neues, zuverlässiges Bild seines Tuns in bestimmten Bereichen ergibt, weiß ich nicht.

conturen: Adenauers Bedeutung für die Entstehung und den Aufstieg der Bundesrepublik sowie für die Nachkriegsentwicklung Westeuropas erkannte man erst Jahre nach seinem Tod. Ist das bei Helmut Kohl anders? Lässt sich seine Bedeutung für Deutschland und für Europa heute schon abschätzen?

Hans-Peter Schwarz: Ich bin in der Tat dieser Auffassung, wie in der Biographie zum Ausdruck kommt. Wenn man sich die Pressestimmen in Frankreich, Großbritannien und den USA ansieht, stellt man fest, dass Kohl schon früh in seiner Bedeutung sehr viel besser erkannt wurde als von großen Teilen der deutschen veröffentlichten Meinung. Das gilt vor allem für seine weitreichende politische Gestaltungskraft in den neunziger Jahren. Man kannte zwar seine Leistung bei der Wiedervereinigung – viel Weihrauch ist ihm da in die Nase gestiegen –, aber das wurde rasch überdeckt durch die großen Schwierigkeiten der inneren Wiedervereinigung, die die Jahre von 1991 bis 1998 bestimmt haben, natürlich auch durch den üblichen Parteienstreit zwischen Regierung und Opposition. Dass es ihm in diesem Zeitraum gelungen ist, die sehr labile Phase im europäischen Staatensystem maßgeblich zu beeinflussen, Ostmitteleuropa sowie Osteuropa konsolidieren zu helfen und die Europäische Union zum Gravitationszentrum der gesamteuropäischen Politik zu machen, wurde in seiner Bedeutung nicht richtig erkannt.

Fragt man sich heute, wer von den europäischen Staatsmännern in den neunziger Jahren eine herausragende Rolle gespielt hat, dann war das in den Anfängen François Mitterrand, der aber mehr und mehr gegen seine Krebs-Erkrankung ankämpfen musste und es mit unerfreulichsten innenpolitischen Vorgängen zu tun hatte. Margaret Thatcher war weg. Der britische Premierminister John Major, ein durchschnittlicher, etwas unterschätzter Politiker, hat die Entwicklung in Gesamteuropa nicht maßgeblich gestaltet, seine Hauptbestrebung war es, für Großbritannien möglichst günstige Bedingungen herauszuschlagen. In Italien regierte eine Abfolge von ziemlich nichtsnutzigen Kabinetten. So lässt sich das

Kohls Stasi-Akten

Kohls Bedeutung wurde im Ausland besser erkannt

Mitterrand, Thatcher, Major

**Bush, Clinton,
Jelzin**

weiter durchdeklinieren. Nach Delors tauchte auch kein wirklich fähiger Kommissionspräsident mehr in Brüssel auf.

Im Grunde gab es nur drei Persönlichkeiten, die die Neugestaltung Europas nicht nur als Problem erkannt hatten, sondern sie tatsächlich durchsetzten. Das war Kohl in Deutschland und das waren zwei amerikanischen Präsidenten, erst George Bush der Ältere und dann Bill Clinton. In Deutschland wurde Clinton wegen seiner Hosenladenprobleme eher als Witzfigur betrachtet, tatsächlich hat er jedoch in engster Verbindung mit Kohl dafür gesorgt, in Amerika und der Nato Verständnis dafür zu wecken, dass der Ausbau der Europäischen Union und die Osterweiterung im Interesse der USA liegen. Dann gab es noch Boris Jelzin, der aber von den USA und von Deutschland stark abhängig war. Den Hauptverdienst für die überraschend bruchlose und ruhige Entwicklung in den neunziger Jahren, nachdem der Ostblock zerfallen war, hatte Helmut Kohl.

conturen: In welchem Verhältnis sehen Sie Ihre Biographie zu Kohls Memoiren? Für mich ist es erstaunlich, dass Sie Ihre Biographie in Angriff nahmen, nachdem Kohl selbst sein umfangreiches Memoirenwerk vorgelegt hatte. Oder besteht genau darin die Herausforderung?

Hans-Peter Schwarz: Man überlegt sich als Biograph immer: Was ist noch von einem Mann wie Kohl in seiner Autobiographie zu erwarten? Ich habe mit den intensiven Arbeiten im Jahr 2009 begonnen. Das war zu einem Zeitpunkt, zu dem Kohl nach seinem unglücklichen Sturz sehr krank war. Er hat zwar bis heute noch die Absicht, den vierten Band seiner Erinnerungen zu schreiben. Aber zweifellos lag hier eine deutliche Zäsur. Wichtig war, dass Kohl für seinen Lebenslauf von 1930 bis 1994 erst einmal seine eigene Sicht der Dinge dargelegt hatte. Ich konnte also unter Berücksichtigung all dessen, was er sagen oder nicht sagen wollte, ob er sich rechtfertigen wollte oder darauf verzichtete, ob er sein Verhältnis zu Konkurrenten, Gegnern oder Freunden hell beleuchten wollte oder nicht, mit meinen eigenen Fragestellungen an die Arbeit gehen. Auch konnte ich herauszufinden suchen, wie weit seine Sicht der Dinge, mit dem, was Dritte berichten, und mit dem, was sich aus der Vielzahl der Quellen ergibt, übereinstimmt oder nicht.

**Kohls
Autobiographie**

Jeder Politiker, wenn er Memoiren schreibt, bemüht sich erst einmal, seine eigene Politik zu erklären und dafür zu werben. Von dem Tag an, da diese Leute erstmals Minister werden, Parteivor-

sitzende in einem Land sind oder zu hohen und höchsten Ämtern aufsteigen, müssen sie sich aber auch rechtfertigen. Jedem Amtsinhaber werden Tag für Tag kritische Einwände ins Gesicht geknallt, und er muss darauf antworten. So spielt sich nun einmal der Diskurs in Demokratien ab. Es wäre aber wider die menschliche Natur, wenn ein Spitzenpolitiker, nachdem er aus den Ämtern geschieden ist, sich über die ihm zugänglichen Quellen beugt oder die Darstellungen eines Hans-Dietrich Genscher oder eines Michail Gorbatschow oder einer Margaret Thatcher liest, nicht genauso weitermachen würde, wie er das vorher getan hat, nämlich sich zu rechtfertigen, die alten Argumente noch einmal zu artikulieren und diese den konkurrierenden Memoirenschreibern höflich zu servieren oder barsch an den Kopf zu werfen. Insofern wäre es völlig falsch, einem Spitzenpolitiker vorzuwerfen, gleich ob das ein Kohl ist, ein Schmidt, ein Strauß, ein Brandt oder ein Adenauer, sie würden damit die geschichtliche Wahrheit verdrehen. Sie verhalten sich auch beim Memoirenschreiben nur so, wie sie das ihr ganzes Politikerleben hindurch getan haben.

*Die eigene
Rechtfertigung*

conturen: Sie gehen bei Ihrer Darstellung klassisch vor, beginnend bei Helmut Kohls Kindheit und Jugend im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen. Für mich war es erstaunlich, wie stark und wie nachhaltig Kohl von diesen frühen Erfahrungen geprägt wurde. Sie führen aus, dass er sich später sogar als Bundeskanzler darauf bezog. „Ich möchte die Einigung Europas, weil ich es meiner Mutter versprochen habe“, lautet eines der eindrücklichsten Zitate. Ist das eine Besonderheit von Helmut Kohl oder war diese Zeit damals so einprägsam?

Hans-Peter Schwarz: Beides. Zum einen war Kohl ein Kriegskind. Er hat die Kriegszeit und die Nachkriegszeit voll mitbekommen und wurde auch entsprechend traumatisiert. Als „Familiëntier“, so nenne ich ihn gern, waren die Erlebnisse seines Vaters im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie der Tod seines Bruders Vorgänge, die er existenziell zu verarbeiten hatte und die zweifellos sehr stark auf ihn gewirkt haben. Auch nimmt ein Mann wie Kohl, der von so großer Soziabilität war, der im Grunde von der Zeit beim deutschen Jungvolk über die Junge Union bis zum zweiten Sturz bei der Parteispendenaffäre im Jahr 2000 immer nur im Schwarm aufgetreten ist, alles auf, was in seinem Umfeld geredet, gedacht und getan wird. Dazu gehörte früh auch die Europabewegung. 1950 wurde er als junger Mann in der Delegation von Robert Schuman am Quai d’Orsay empfangen. Dann war das

Kohls Trauma

**Ein
privatistischer
Ansatz**

**Eine persönliche
Brücke schlagen**

Zusammentreffen mit Amerikanern in der Pfalz. Das sind alles Erfahrungen, die ihn stark beschäftigt haben.

Zum anderen verfolgte Kohl in seiner Politik einen, lassen Sie mich das einmal so formulieren, stark privatistischen Ansatz. Er rühmte sich dessen selbst immer wieder und es wird auch aus den Quellen bestätigt. Wenn er als Staatsmann jemanden wie Margaret Thatcher oder François Mitterrand zum ersten Mal trifft, nimmt er sich eine halbe Stunde oder mehr Zeit, seine eigene persönliche Entwicklung zu schildern. Mit verschiedenen Beispielen aus seinem Leben erläutert er, wie er zur Europapolitik, zu seinem Verständnis der Entspannungspolitik, zu seinem Verhältnis zu Polen oder zu Russland gekommen ist. Er versucht also anders als gewisse andere Politiker, eine persönliche Brücke zu dem Partner zu schlagen. Und er ist der Überzeugung, dass er in seinem Verhältnis zu Mitterrand oder zu Gorbatschow durch diese Offenheit, durch diese Personalisierung der Außenpolitik viel erreicht hat. Allerdings scheint er sich selten im klaren gewesen zu sein, dass man einem schlaunen Gesprächspartner, der Ohren hat und der zu reflektieren versteht, durch so viel Offenheit manches enthüllt, was dieser zum eigenen Vorteil ausnützen kann.

conturen: Sie verweisen darauf, dass sich in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik die Gepflogenheit herausgebildet habe, Staatsgäste in den gutbürgerlichen eigenen vier Wänden zu empfangen, als befände man sich noch in den Zeiten der Könige und Kurfürsten. Hat Kohl diese Atmosphäre der Privatheit als eine Art Strategie eingesetzt?

Hans-Peter Schwarz: Jedenfalls war Kohl überzeugt – und er schreibt das immer wieder –, dass ein persönlicher Ansatz, unabhängig von den nationalen Interessen, die zu verfolgen sind, unabhängig von den Sachfragen, um die es geht, in der internationalen Politik von großem Vorteil ist. Insofern hat er das tatsächlich strategisch eingesetzt. Nur darf man diese Beobachtung nicht übertreiben. Wenn man beispielsweise die Akten der Abteilung 2 im Bundeskanzleramt durchgeht, in denen jede einzelne Begegnung mit einem ausländischen Staatsmann vorbereitet wird – gleich ob das ein hohes Mitglied der ungarischen kommunistischen Partei ist, ob das der amerikanische Präsident Ronald Reagan ist, ob das ein hochrangiger chinesischer Politiker ist –, ist das Verfahren immer dasselbe: die zuständigen Beamten schildern den Stand der Beziehungen, die innenpolitische Position des zu erwartenden Partners, und dann kommen 15 bis 25 Punkte, von

**Das Private als
Strategie**

denen die Teltschiks, die Bitterlichs, die Attalis, die Powell's oder wie sie alle heißen im Vorfeld ausgelotet haben, ob die Gegenseite sie zur Sprache bringen wird oder nicht. Ein Kanzler fragt auch die Ressorts ab nach den jeweiligen Positionen. Diese finden sich auf den entsprechenden Sprechzetteln, auf denen vermerkt ist, wie man auf bestimmte Fragen antworten könnte. Jedem Gespräch von einer oder zwei Stunden liegt somit ein genau vorbereitetes Drehbuch zugrunde. Je nach dem, wie der Gesprächspartner sein Drehbuch ausarbeitet und was er zur Sprache bringt, läuft dann die Unterredung ab. Es wäre also falsch sich vorzustellen, Kohl habe durchweg personalisierte Politik gemacht. Das war vor allem für den Einstand, um ein Klima zu schaffen. Doch wusste er natürlich, dass echte Freundschaften oder zumindest korrekte Beziehungen dauernd gepflegt sein müssen: durch Erkundigungen nach dem familiären Ergehen, durch Geburtstags-telefonate, durch kleine Aufmerksamkeiten oder durch Einladungen zu reizvollen Orten, manchmal auch nach Hause.

conturen: Bereits wenn man Kohls politische Anfangsjahre in den Blick nimmt, die Sie als „Bilderbuch-Parteikarriere“ bezeichnen, gewinnt man den Eindruck, dass sein politisches Leben geradlinig und zielgerichtet verlief – man möchte fast den Begriff „alternativlos“ bemühen. Teilen Sie diesen Eindruck oder hätte es Alternativen und Abzweigungen gegeben?

Hans-Peter Schwarz: Kohl war zweifellos sehr früh darauf aus, in Rheinland-Pfalz Ministerpräsident zu werden. Dabei hielt er es für richtig, erst einmal den Parteivorsitz an Land zu ziehen, um danach ohne falsche Eile den Vorgänger „abzumeiern“. Zweifellos war er auch schon seit den frühen siebziger Jahren entschlossen, den Vorsitz der Bundes-CDU zu erreichen. Er hatte seine möglichen älteren und jüngeren Konkurrenten genau studiert und war der Meinung, er könne das besser als sie alle. Als er im Jahr 1973 nach dem Scheitern von Rainer Barzel zum Parteivorsitzenden der CDU gewählt wurde, war er von Anfang an entschlossen, auch die Kanzler-Kandidatur anzustreben, was ihm große Probleme mit Franz Josef Strauß einbrachte. Strauß hielt sich für den viel besseren Kandidaten als dieser Frischling aus der Pfalz. So gesehen, lässt sich bei Kohl in der Tat eine zielgerichtete Entwicklung beobachten hin zur jeweils erreichbaren Spitze der politischen Machtpyramide.

Andererseits zeigt sich – und das habe ich in der Biographie ausführlich dargestellt –, dass Kohl in den siebziger und frühen acht-

*Ein Drehbuch für
jedes Treffen*

*Kohl war
ehrgeizig und
zielstrebig*

*F. J. Strauss oder
der Frischling aus
der Pfalz?*

**Es gab viele
Möglichkeiten
abzustürzen**

ziger Jahren bei seinem Weg zur Kanzlerschaft wieder und wieder hätte abstürzen können. Hätten ein paar Verfassungsrichter im Januar/Februar 1983 anders entschieden und es als verfassungsrechtlich unzulässig erachtet, den Bundestag vorzeitig aufzulösen, wäre er abgestürzt und die Ära Kohl hätte nur ein paar Monate gedauert. So verlief es Station für Station. Die Möglichkeit abzustürzen bestand auch in den 16 langen Jahren der Kanzlerschaft von 1982 bis 1998.

**Legendenum-
wobene Wieder-
vereinigung**

Diese ständige Absturzgefahr machte Kohl extrem misstrauisch und vorsichtig. Er war sich dieses Risikos auch als Bundeskanzler sozusagen Tag und Nacht bewusst. Manchmal waren es Landtagswahlen, die ihn gerettet haben und dazu führten, dass es plötzlich auch auf der Ebene des Bundes wieder gut weiterging. Selbst während des nachmals legendenumwobenen Wiedervereinigungsprozesses hätte er abstürzen können. Im Februar 1990 hat er sein Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion auf den Tisch gelegt. Aber was wäre geschehen, wenn in der DDR statt der Allianz für Deutschland die Sozialdemokraten eine große Mehrheit erhalten hätten? Was wäre geschehen, wenn der Staatsstreich in Moskau, der 1991 versucht wurde, schon im Juni oder Juli 1990 erfolgt wäre? Die Währungsunion wäre schon vollzogen gewesen, aber die äußeren Bedingungen der Wiedervereinigung waren noch nicht festgeklopft.

**Eine „Politik der
Mitte“**

conturen: „Auf den zuvor mehr als zwanzig Jahre andauernden Boom, auf dem Stabilität und Prosperität der Nachkriegszeit beruht hatten, folgte nun für zehn Jahre eine turbulente Phase von Stagflation, Währungskrisen, Erschütterung großer Branchen, galoppierende Zunahme von Arbeitslosigkeit und Verteilungskämpfen“, beschreiben Sie die Lage am Vorabend von Kohls Kanzlerschaft. Tatsächlich aber gingen die Turbulenzen schneller zu Ende als befürchtet und Kohl konnte gravierende Einschnitte im Sozialsystem vermeiden. Er setzte auch jenes bewusste Lambsdorff-Papier nicht um. Würden Sie sagen, dass das, langfristig gesehen, ein Fehler war? Oder war seine „Politik der Mitte“, wie er es nannte, genau das, was heute manchmal schmerzlich vermisst wird?

Hans-Peter Schwarz: In den Jahren 1983/1984 wäre eine Wählermehrheit wohl bereit gewesen, tiefere Einschnitte in die Besitzstände, weitreichendere Sozialreformen hinzunehmen. Man hätte ihr diese Notwendigkeit allerdings entschieden erklären müssen. Und das war eines der Probleme Kohls, dass er beim Versuch ei-

ner überzeugenden Erklärung gewisse Defizite hatte. Hinzu kamen ein stark sozialstaatlich orientierter Flügel in seiner eigenen Partei und ein Generalsekretär, der einerseits klar erkannt hatte, dass Wählermehrheiten rasch verloren gehen können – das zu sehen und dem entgegenzuwirken gehört zu den Aufgaben eines Generalsekretärs – und der andererseits ein in der Wolle gefärbter Linkskatholik war. Die Schwierigkeiten erwuchsen ihm also nicht nur aus der Opposition und der kritischen Presse, sondern auch aus der eigenen Partei.

Was Kohl gewiss versäumt hat, war es, rechtzeitig die Einkommensteuer zu senken. Die treue mittelständische Wählerklientel der CDU wurde eher schlecht bedient. Auch Finanzminister Gerhard Stoltenberg verhielt sich beim Blick auf die konjunkturelle Lage zu Beginn der Ära Kohl eher vorsichtig. Aber wenn es einem Gerhard Schröder möglich war, gewisse Senkungen der Einkommensteuer durchzusetzen, die nicht nur den Mittelstand entlastet haben, sondern ebenso die wohlhabende Oberschicht, dann hätte Kohl diese Möglichkeit auch gehabt. Er sah sich aber dem Widerstand aus den eigenen Reihen gegenüber.

Völlig unmöglich wäre für Kohl eine Politik à la Thatcher gewesen. Die britische Premierministerin brauchte nach dem britischen Wahlrecht nur 43 Prozent der Wählerstimmen, um eine satte Mehrheit von fast sechzig Prozent an Sitzen im Unterhaus zu haben. Im britischen Regierungssystem wird nicht unablässig in irgendwelchen Bundesländern gewählt mit der möglichen Folge von Blockierungen im Bundesrat sowie der psychologischen Auswirkungen auf die gesamte Wählerschaft. Auch hier muss man Kohl gegenüber fair sein, wenn man sein Zögern in der Steuerpolitik und in der Sozialpolitik vor Augen hat. Er wollte nicht à la Thatcher regieren, hatte vielmehr ein Herz ganz besonders für die kleinen Leute.

conturen: So unspektakulär „die kurzen achtziger Jahre“, wie Sie sie nennen, damals waren, so folgenreich zeigen sie sich in der Rückschau. „Aus heutiger Sicht ist die Errichtung eines globalen Kapitalmarkts nach angelsächsischem Modell einer der entscheidenden Vorgänge in den kurzen achtziger Jahren“, schreiben Sie. Dass sich damals der Finanzkapitalismus von der Realwirtschaft entkoppelte mit denkbar weitreichenden Folgen, habe Kohl allenfalls gespürt, ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein. Hätte er oder hätte sein Finanzminister oder sein Wirtschaftsminister das voraussehen müssen? Ist das nicht erst in den neunziger Jah-

Heiner Geissler

*Kohls Herz für
die kleinen Leute*

*Das
angelsächsische
Finanzmarkt-
modell*

**H. Schmidt: Der
„Weltökonom“
scheiterte**

**Entfesselte
Kapitalströme**

**Der US-Finanz-
kapitalismus**

ren, als in Südamerika und Asien die ersten Finanzkrisen auftauchten, deutlich geworden?

Hans-Peter Schwarz: Helmut Schmidt war sich der Bedeutung der globalen Währungsentwicklung und des globalen Finanzkapitalismus besser bewusst als Helmut Kohl. Man darf jedoch nicht vergessen, dass dieser als „Weltökonom“ gepriesene Kanzler mit seiner Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik gescheitert ist. Kohl dagegen hat 16 Jahre durchgehalten, obwohl er gewisse Defizite als Wirtschafts- und Finanzpolitiker hatte.

Helmut Kohl hat die Probleme des globalen Finanzkapitalismus schon gesehen. Aber hier kam seine Europapolitik ins Spiel. Er war mit Mitterrand der Meinung, dass ein quasi-bundesstaatlich vereintes Europa, sogar mit einer europäischen Währung, wie dieser ihm suggerierte, stark genug sein würde, den Stürmen, die vom internationalen Finanzkapitalismus ausgingen, standzuhalten. Das war eine gewaltige Fehlrechnung aus zwei Gründen: Weder Kohl selbst noch die meisten Ökonomen hatten damals eine Vorstellung von der Gewalt der globalen Kapitalströme, die seit Mitte der achtziger Jahre von der Politik immer hemmungsloser entfesselt wurden. Doch Kohl machte sich auch nicht klar, dass durch die vollständige Beseitigung der Kapitalverkehrskontrollen und Interventionsmöglichkeiten durch Bundesbank und andere Nationalbanken im EG-Raum die Zerstörungskraft dieser Finanzströme eher verstärkt als geschwächt würde. Mitterrand hatte in den späten achtziger Jahren noch erhebliche Bauchschmerzen bei dem Gedanken, die Kapitalverkehrskontrollen der französischen Nationalbank völlig preiszugeben. Er glaubte jedoch an die Vorteile einer europäischen Währung für Frankreich und entschied sich dann doch gegen die skeptischen Berater. Tatsächlich konnte aufgrund der Verflechtung des Handels die Europäische Union vom Druck der internationalen Finanzströme nicht abgekoppelt werden. Man kann nicht die Vorteile einer liberalisierten Export- und Importwirtschaft haben, ohne zugleich die Kapitalströme zu liberalisieren. Es war aber auch eine Illusion zu meinen, wenn man eine gemeinsame europäische Währung schaffe, würde Europa gestärkt werden in der Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Finanzkapitalismus – oder, aus heutiger Sicht, mit dem chinesischen Finanzkapitalismus oder mit dem Finanzkapitalismus, der die Staaten rings um den Golf erstarken ließ. Das Euro-System wirkt eher als eine Art Brandbeschleuniger.

conturen: Dass man in Bonn auch nichts vom bevorstehenden Zusammenbruch des Ostblocks ahnte, bleibt angesichts der regen Tätigkeit der Geheimdienste, allerdings ein Phänomen. War das Thema „Wiedervereinigung“ oder „deutsche Frage“ damals ein politisches Tabu?

Hans-Peter Schwarz: Ja. Ich habe es selbst erlebt und nenne ein Beispiel. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, mit Akronym DGAP genannt, hat bei ihren Jahresversammlungen in Bonn abwechselnd einen Minister unterschiedlicher Couleur, mal CDU, mal SPD oder FDP, zu einem Vortrag eingeladen. Es war im Juli 1989, da war die CDU an der Reihe mit dem damals gerade ernannten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Der hielt einen sehr guten Vortrag über die Lage – Schäuble war immer auch außenpolitisch interessiert. Anschließend fragte ihn der damalige Direktor des Forschungsinstituts der DGAP, mein Fachkollege Professor Karl Kaiser, ob es wirklich vorstellbar sei, dass die Sowjetunion sich demokratisiere und liberalisiere, dass in Polen eine parteiübergreifende Regierung aus Kommunisten und Solidarność-Leuten gebildet werde, dass in Ungarn die Reformkommunisten an der Macht seien – in der DDR aber alles beim Alten bleibe. Was erwiderte Schäuble darauf? Er sang das hohe Lied der Stabilität. Wir Deutschen dürften doch nicht versuchen, nicht einmal wünschen, die DDR zu destabilisieren, da doch die Sicherheit in Europa davon abhängt, dass die Gegebenheiten in Deutschland sich erschütterungsfrei weiterentwickelten. Natürlich, so räumte er ein, gebe es einen Reformwunsch gegenüber der Honecker-Regierung, der zu begrüßen sei. Aber bitte, nicht zuviel des Guten! Einen Systemwechsel oder gar eine baldige Wiedervereinigung konnte und wollte er sich damals nicht vorstellen. Das war die Stimmung im Sommer 1989 und dies nicht nur bei der CDU, sehr viel stärker noch bei der SPD und bei den Grünen, und, wir wissen das, auch bei vielen Medien.

Man lese nur die Dummheiten, die damals der auch heute noch sehr überschätzte Joschka Fischer sogar nach dem Mauerfall von sich gab, oder Oskar Lafontaine oder andere, die der festen Meinung waren, wenn Deutschland versuche, wiedervereinigt zu werden, könne daraus eine furchteinflößende Großmacht, ein Viertes Reich werden. Aufgrund der deutschen Vergangenheit, so lautete das Argument, dürften wir auch nicht einmal daran denken, so etwas wie eine Wiedervereinigung in Gang zu setzen. Das war im linken Lager – wenn auch nicht in der ganzen SPD – noch

*Der Euro als
Brand-
beschleuniger*

*Schäuble konnte
sich die Wieder-
vereinigung nicht
vorstellen*

*Der überschätzte
Joschka Fischer*

Lafontaines
Furcht vor einem
„Vierten Reich“

im November und Dezember die Stimmung, als Kohl, der stets das – sehr ferne – Fernziel der Wiedervereinigung im Auge hatte und der auch nie bereit war, auf die gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit zu verzichten, im November und Dezember 1989 urplötzlich erkannte, dass eine Wiedervereinigung möglich ist.

conturen: In Ihrer Biographie stellen Sie die Frage, wie stark Kohl selbst die „tektonischen Veränderungen in Europa“ beeinflusst habe. Das rührt an die Frage, wer die Geschichte macht. Ich erinnere mich an Gespräche mit russischen Intellektuellen, die selbst Gorbatschow eine Wirkung absprachen und nur gesellschaftliche Kräfte am Werk sahen. Sie bringen auch noch den Staatsrechtler Rupert Scholz als eigentlichen Ideengeber ins Spiel. Wie bewerten Sie die Einflussnahme einzelner Persönlichkeiten am Lauf der Geschichte?

Gorbatschow

Hans-Peter Schwarz: Was die Wiedervereinigung angeht, waren der Rat und die Aktivitäten von Horst Teltschik, dem wichtigsten Berater Kohls in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, von größter Bedeutung. Auch Scholz, auf dessen wichtige Rolle ich in meiner Biographie erstmals aufmerksam mache, gehört dazu. Entscheidend war auch, dass nicht nur die meisten Spitzenpolitiker der CDU, sondern auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff von der FDP in der Wiedervereinigungsfrage genauso dachten wie Kohl. Es wäre also sicherlich falsch, die entschlossene Wiedervereinigung nur als das Werk Helmut Kohls anzusehen. Andererseits verfügt ein Bundeskanzler, der an der Spitze der Machtpyramide steht und sich im ständigen direkten Austausch mit dem amerikanischen Präsidenten, mit Gorbatschow und anderen befindet, über Möglichkeiten, die Politikern des zweiten und dritten Gliedes nicht zu Gebote stehen. Insofern kommt es gerade in besonders kritischen Momenten auf den Kanzler an.

Es kommt auf
den Kanzler an

Zugleich darf man nie übersehen, dass ein deutscher Bundeskanzler vor allem deshalb als politisches Schwergewicht gilt, weil die Wirtschaftsnation Bundesrepublik Deutschland großes Gewicht hat. Wenn ich also keine Kohl-Biographie zu schreiben gehabt hätte, sondern den ganzen Vorgang unter Berücksichtigung der sozusagen anonymen Geschichtskräfte würdigen sollte, müsste ich die Bedeutung der Wirtschaftskraft und der Währungsdominanz, des technologischen Gewichts, auch des internationalen Ansehens der Bundesrepublik sehr viel stärker beleuchten, Faktoren also, die sich schon in den Jahrzehnten vor der

Deutschlands
Gewicht

Amtszeit Helmut Kohls aufgebaut hatten. Dasselbe gilt für die neunziger Jahre. Ich bin nun wirklich der Letzte, der die großen Entwicklungen in der Weltpolitik oder in Europa nur auf amerikanische oder französische Präsidenten oder deutsche Bundeskanzler oder einen Generalsekretär der KPdSU abstellen würde.

conturen: Hätte es Ihrer Einschätzung nach ohne Kohl und ohne die CDU unter einer SPD-Regierung kein wiedervereinigtes Deutschland gegeben?

Hans-Peter Schwarz: Wahrscheinlich wäre eine SPD-Regierung unter Lafontaine erst einmal bereit gewesen, viel Geld in die Stabilisierung der DDR zu investieren, immer mit dem Versprechen der DDR-Regierung, sie wolle das System aus eigenen Kräften reformieren, demokratisieren und stabilisieren. Das hätte ein oder zwei Jahre dauern können. Was wahrscheinlich recht früh zum Scheitern einer solchen Politik geführt hätte, wäre das Einströmen von hunderttausenden DDR-Bürgern in die Bundesrepublik gewesen, von den Familien junger Arbeiter, von Ärzten, von Ingenieuren – also das Ausbluten der DDR. Auf Seiten der Bundesrepublik hätte das gleichfalls zu großen Problemen geführt, auf dem Wohnungsmarkt und bei der Eingliederung. Wie bei einer derartigen Politik die Sowjetunion reagiert hätte, wie sich die westlichen Freunde verhalten hätten, darüber kann man lange rätselraten. Denkbar wäre natürlich schon, dass sich eine gewisse Linie durchgesetzt hätte, die dem sowjetischen Wunsch entsprochen hätte, als Kaufpreis für eine von Moskau akzeptierte konföderative Verbindung die Bundesrepublik irgendwie aus den westlichen Bindungen herauszulösen, vor allem aus der NATO. Das ist aber alles Spekulation. Doch gibt genügend Historiker, die eine solche „contrafactual history“ für sehr reizvoll erachten.

conturen: Es war immer von diesem kurzen Moment der Geschichte die Rede, in dem die Einheit möglich war. War das wirklich so? Wäre sie danach nicht mehr möglich gewesen?

Hans-Peter Schwarz: Ein gefährliches Problem war die Entwicklung am Golf. Schon im August 1990 begann mit der irakischen Invasion Kuwaits die Golfkrise. Erfahrungsgemäß können amerikanische Regierungen zwei große Krisen nicht gleichzeitig gut managen. Die Regierung Bush war aus vielen Gründen der Meinung, der irakischen Invasion mit militärischen Mitteln entgegenzutreten zu müssen. Wenn also die Gestaltung der äußeren Wiedervereinigung – Nato-Mitgliedschaft, Begrenzung der sowjetischen Militärpräsenz auf vier Jahre – nicht schon im Juli 1990 durch die

Lafontaine

„contrafactual history“

Die Golfkrise

deutsch-sowjetischen Vereinbarungen unter Dach und Fach gewesen wäre, hätte sich alles viel länger hinziehen können. Ohne Klärung der äußeren Bedingungen wäre es zwar denkbar gewesen, Deutschland wieder zu vereinigen. Aber wann wäre man die sowjetischen Streitkräfte, die auf deutschem Boden standen, dann wirklich los geworden?

Zudem darf man nicht übersehen, dass der Kollaps, den die kommunistische Führung in Mitteleuropa erlebt hatte, gerade in der deutschen Frage, in Ungarn, in Polen, starke Rückwirkungen auf die Sowjetunion selbst hatte, auch auf das Baltikum, das sich bis ins Jahr 1991 hinein in sehr labilem Zustand befand. Ohne die klare und rasche Entscheidung in Deutschland wäre vielleicht sogar in der Sowjetunion manches anders gelaufen – vom Putsch 1991 haben wir schon gesprochen. Insofern finde ich, dass Kohl zu Recht vom Fenster der Gelegenheit sprach, das sich geöffnet hat, das sich aber rasch wieder hätte schließen können.

conturen: Wiederholt machte man Kohl zum Vorwurf, er habe die D-Mark auf dem Altar der deutschen Einheit geopfert. Er habe im Gegenzug zur französischen Zustimmung Frankreich die Währungsunion versprochen. Sie schreiben sogar von der „Selbstentmachtung“ Deutschlands. Zugleich aber schildern Sie Kohl selbst als Verfechter des Euros...

Hans-Peter Schwarz: Ich habe in dieser Biographie sehr ausführlich dargestellt, wie das Konzept einer europäischen Währungsunion seit Herbst 1987 aufkam und wie es bis 1998 seinen Fortgang genommen hat. Ein Kanzlerbiograph muss schließlich jene Fragen aufgreifen, die von langfristiger Bedeutung sind und uns noch heute auf den Nägeln brennen. Viel spricht dafür, dass nicht nur Kohl, sondern auch Genscher im Jahre 1988 und im Frühjahr 1989 selbst ohne die Wiedervereinigung eine europäische Währungsunion unter Preisgabe der D-Mark akzeptiert hätten, sofern nur die deutschen Bedingungen erfüllt worden wären – also eine allein auf die Währungsstabilität verpflichtete, unabhängige Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank. Dass der französische Wunsch, die D-Mark europäisch zu kontrollieren, durch den Beginn des Wiedervereinigungsprozesses an Dringlichkeit zunahm, ist richtig. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass es auch ohne den Kollaps der DDR und des Ostblocks im Jahre 1992 zu so etwas wie dem Maastricht-Vertrag gekommen wäre, allerdings nur im westeuropäischen Rahmen. Zwar akzeptiere ich das Argument, dass Mitterrand und viele um

*Ein „Fenster der
Gelegenheit“*

*Deutsche
„Selbst-
entmachtung“*

ihn herum, auch Delors, beim Blick auf die nun mögliche Wiedervereinigung im November und Dezember 1989 noch stärker als zuvor auf einen baldigen Zusammentritt der Regierungskonferenz gedrängt haben, bin aber der Meinung, dass die Sache bei den maßgeblichen Bonner Politikern in den Jahren 1988/1989 im Grunde schon akzeptiert war.

conturen: Ihre Darstellung, wie Kohl die Währungsunion durchsetzte, fand in der Presse das stärkste Echo. Man zog daraus den Schluss, dass er Schuld trage an der gegenwärtigen Euro-Krise. Sie legen dar, dass er seine Vorstellungen nur beschränkt durchsetzen konnte. Vor allem die politische Union blieb auf der Strecke. Aber kann man ihm tatsächlich Schuld an der Euro-Krise geben, wurden nicht vielmehr Kriterien und Klauseln verletzt, die durchaus vorhanden waren, um einer solchen Krise vorzubeugen?

Hans-Peter Schwarz: Wenn man nach Hauptverantwortlichen für die Inangangsetzung einer Währungsunion ohne Fiskalunion, ohne weitreichende Wirtschaftsunion und ohne gemeinsame Sicherheitspolitik sucht, war das in erster Linie die französische Politik, alsbald unterstützt von der italienischen und der spanischen. Und da die Bundesregierung sich diese Idee zu eigen machte, kann man die leider etwas missratene Euro-Konstruktion gewissermaßen als europäisches Gesamtkunstwerk bezeichnen.

Mit den Erfahrungen der Eurokrise seit 2010 ausgestattet, fällt es heute niemandem schwer, die Konstruktionsfehler des originären Projekts von Maastricht durchzudeklinieren. Ich versage mir hier eine Auflistung der grundlegenden Fehlannahmen. Diese sind von kompetenten Kritikern schon damals en gros und en détail artikuliert worden. Die damalige Bundesregierung, angeführt vom Bundeskanzler, hat sich sehenden Auges, in der Hoffnung auf das Zauberwort Konvergenz und fixiert auf die reale Utopie eines Quasi-Bundesstaats, in einen Schnellzug gesetzt, aus dem kein Aussteigen mehr möglich war. Auch auf dem Weg zu dem im Frühjahr 1998 beschlossenen Eintritt in die dritte, irreversible Phase ist bereits ein entscheidendes, im Maastricht-Vertrag beschlossenes Eintrittskriterium nach Euroland – die Gesamtverschuldung unter sechzig Prozent – bewusst außer Acht gelassen worden. Sonst hätten weder Italien noch Belgien dem Euro-Club in der ersten Runde beitreten dürfen. Dass auch das Kriterium der dreiprozentigen jährlichen Verschuldung nur mit kreativer Buchführung erreichbar war, ist gleichfalls von vielen Ökonomen kri-

*Kohl und die
Euro-Krise*

*Ein Schnellzug
ohne Ausstieg*

**Der Kanzler hätte
Nein sagen
müssen**

tisiert worden. Die Verantwortung für diese Versäumnisse liegt natürlich in erster Linie bei dem damaligen Bundeskanzler. Er hätte Nein sagen müssen und Nein sagen können, auch wenn er sich damit bis auf die Knochen blamiert hätte. In Kenntnis der Erfahrungen, die Europa seit 2010 mit der fehlerkonzipierten Euro-Konstruktion gemacht hat und wohl weiter machen wird, muss man feststellen: das wäre eine Großtat gewesen!

**Der Fall
Griechenland**

Die Verletzung der „Kriterien und Klauseln“, von denen Sie sprechen, ging nach Kohls Abwahl leider weiter, und man darf auch das nicht verschweigen, wenn die Verantwortung Helmut Kohls gerecht gewichtet werden soll. Immerhin hatten sich der Bundeskanzler und sein Finanzminister Theo Waigel 1998 entschieden gegen die Aufnahme Griechenlands ausgesprochen. Doch seit den Zeiten der Obristen-Diktatur in Athen bestanden zwischen der SPD und den damals gegen die Diktatur aufbegehrenden griechischen Sozialdemokraten viele enge Beziehungen. Es gab in den Zeiten von Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Hans Eichel ein Sonderverhältnis zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Sozialisten in Griechenland mit den bekannten Folgen, als der Beitritt Griechenlands anstand. Auch ist richtig, dass der Maastricht-Vertrag im Punkt „jährliche Verschuldung nicht höher als drei Prozent“ in der Zeit von Schröder und Chirac aufgeweicht wurde. Schröder war in diesem Punkt genauso unbedenklich wie Chirac.

**Der Lissabon-
Vertrag**

Man sollte aber nicht nur von den Vertragsverletzungen sprechen, sondern auch daran erinnern, dass in den Jahren 1998 bis 2010 dringende Korrekturen am Euro-System versäumt wurden. Ein besonders eklatantes Beispiel war der Mangel an Voraussicht bei dem jahrelangen Ringen um eine Europäische Verfassung. Diese wurde zwar in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt, dann aber – etwas modifiziert – noch einmal präsentiert und schließlich als Lissabon-Vertrag angenommen. Dieser sollte angeblich die Europäische Union dauerhaft krisenfest machen. In den entscheidenden Jahren 2005, 2006, 2007, als Reparaturen möglich gewesen wären, nahmen aber weder die Brüsseler Bürokraten, noch die einzelnen Regierungen die Bedeutung und die Gefahr eines fehlenden Fiskalpaktes zur Kenntnis, obwohl der Sturm auf den internationalen Kapitalmärkten bereits spürbar war. Die Schwarmintelligenz des geballten Sachverständes der Regierungen, der EU-Kommission und des Europäischen Parla-

ments versagte völlig. Das hatte Helmut Kohl in der Tat nicht zu verantworten. Erst 2010 und 2011 wachten alle Beteiligten auf.

conturen: „Kohl schwebt“, wie Sie schreiben, „nicht mehr und nicht weniger vor als ein europäischer Bundestaat.“ Von diesem Ziel sind wir heute weit entfernt, wenn man sich die nationalistischen Aufbrüche in vielen Ländern vor Augen führt. War dieses Ziel damals realistischer? Und wie beurteilen Sie die zukünftigen Chancen? Bewegt sich Europa in Richtung auf einen Bundesstaat?

Hans-Peter Schwarz: Kohl schwebte tatsächlich eine Art Bundesstaat vor und zwar vor allem ein Bundesstaat, der eine gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik betrieb. Man kann erkennen, dass seine Akzeptanz des französischen Wunsches, eine europäische Währung einzuführen, primär aus sicherheitspolitischen Bedenken resultierte. Er war skeptisch gegenüber der damaligen amerikanischen Rüstungskontrollpolitik der Reagan-Administration und in Sorge vor dem Sog der Sowjetunion, die unter Gorbatschow anfangs noch ganz gut dastand. Daher strebte er eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit zunächst mit Frankreich und dann im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft an. Das war für ihn ein Hauptmotiv bei dem Wunsch nach einem Bundesstaat. Im Übrigen übernahm er das von Walter Hallstein entwickelte Konzept, das dieser 1969 in der Programmschrift „Der unvollendete Bundesstaat“ entworfen hatte. Die CDU lag die ganzen siebziger Jahre auf dieser Linie. Die gravierende Fehleinschätzung bestand jedoch darin, dass weder Frankreich, noch Großbritannien, noch die kleineren Länder in der Europäischen Gemeinschaft diese bundesstaatliche Zielsetzung teilten. Frankreich wollte eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit, aber kooperativ, nicht integriert. Es wollte die D-Mark unter Kontrolle bringen, dachte aber überhaupt nicht an eine Vergemeinschaftung der Wirtschafts- oder der Fiskalpolitik. So stand Deutschland in den späten achtziger und in den neunziger Jahren hinsichtlich der bundesstaatlichen Fernziele ziemlich allein. Im Grunde musste Kohl das in den Jahren 1992, 1993, 1994 peu à peu einsehen.

Bekanntlich gab es auch in Frankreich, stärker in Italien, in Belgien und in den Niederlanden, noch stärker in Luxemburg, durchaus politische Kräfte, die einen Bundesstaat wollten. Aber sie waren nicht mehrheitsfähig. Das beantwortet im Grunde auch schon Ihre Frage, ob mittelfristig und langfristig ein europäischer Bundesstaat möglich ist. In fast allen Ländern der Europäischen Union ist die Idee eines europäischen Bundesstaats heute ziem-

*Der Sachverstand
versagte völlig*

*Kohl schwebte
ein europäischer
Bundesstaat vor*

*Frankreich wollte
die D-Mark
kontrollieren*

Ein EU-Bundesstaat ist kaum realistisch

lich verblüht. Selbst die starken Minderheiten, die sich 1990 oder 2000 von diesem Fernziel inspirieren ließen, sind stark zusammengeschrumpft. Mit gutem Grund ist die Zahl der Skeptiker größer geworden. Ich kann nicht erkennen, dass ein Land wie Frankreich, in dem eine Mehrheit noch im Jahr 2005 die europäische Verfassung ablehnte, heute stärker bereit wäre, einen europäischen Bundesstaat zu akzeptieren. Dabei sah der damalige Europäische Verfassungsvertrag nicht einmal einen Bundesstaat vor, sondern nur eine – wie sich zeigen sollte – recht wacklige Politische Union zwischen den Beteiligten. Auch in den Niederlanden wurde der europäische Verfassungsentwurf schon Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts abgelehnt. Eine gewisse Euro-Skepsis hat dort seither große Teile des Parteiensystems erfasst. Die Südländer, die lange Zeit freudige Europäer waren, merken jetzt gleichfalls, was sie sich mit dem heiß erwünschten Euro eingebrockt haben. Unter diesen Umständen sind die Aussichten auf das Fernziel eines europäischen Bundesstaates – man mag das bedauern, aber man muss es zur Kenntnis nehmen – eher geschwunden.

conturen: Joachim Fest vertrat in einem Interview die Meinung, diese Europäische Union im großen Stil sei nicht das, was wir bräuchten. Er plädierte für eine Konzentration auf Zentraleuropa, also Frankreich, Deutschland und die umliegenden Länder. Die sollten die Europäische Union bilden, die dann auch Stärke besitze...

„Idiotendiskussion“ über Kernenergie

Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl hat bezüglich der Überlegungen eines Kerneuropas seinerzeit pointiert von einer „Idiotendiskussion“ gesprochen. Zu seinen großen Verdiensten gehört das Drängen auf Erweiterung nach Norden, Osten und Südosten hin. Dass Schweden und Finnland, die baltischen Staaten, Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien sowie Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union in ihrer nicht perfekten Form, die viele Probleme hat, beitraten, hat das europäische Staatensystem stabilisiert.

Der schöne Gedanke, der 1994 von Wolfgang Schäuble in dem berühmten Schäuble-Lamers-Papier artikuliert wurde, einen westeuropäischen Kern zu bilden in der Hoffnung, dass der dann ausstrahle, stößt auf das Problem, dass die deutsche und die französische Wirtschaftskraft unterschiedlich sind, auch dass die Ordnungsvorstellungen in der Wirtschaftspolitik und letztlich auch die Interessen schwer vereinbar sind. Das war Mitte der neunzi-

ger Jahre so und das ist heute erkennbar nicht anders. Kerneuropa ist auch deshalb ein im Irrealis verbleibender Wunschtraum, weil die heutige Europäische Union auf unkündbaren völkerrechtlichen Verträgen beruht, aus denen man sich nicht herauswinden kann, um nun so etwas wie eine verkleinerte Gemeinschaft zu bilden.

Wie wir wissen, gibt es gegenwärtig Tendenzen, die Länder, die am Euro teilnehmen, als einen solchen Kern zu verstehen. Aber das ist eine heterogene Gesellschaft. Da stehen auf der einen Seite die stabilitätsbewussten und noch recht potenten Länder Deutschland, die Niederlande, Österreich und Finnland, und auf der anderen Seite die ins Schleudern geratenen Länder Griechenland, Zypern, Italien, Spanien und Portugal, die sich mit der Wettbewerbsfähigkeit schwer tun und, teilweise auch von der Größe her gesehen, von sehr unterschiedlicher Leistungsfähigkeit sind. Und dazwischen Frankreich, das zu den führenden Nordländern aufschließen müsste, aber eine Politik betreibt, die es an die Seite der Südländer führt. Man schrammt bei all diesen Versuchen immer wieder an den geltenden Verträgen vorbei, die Großbritannien, Dänemark, Schweden und manchen anderen Ländern Rechte des Einspruchs und der Mitsprache zuerkennen. Aus denen kann man sich nicht einfach herauswinden.

conturen: Vor gar nicht so langer Zeit äußerte der Altbundeskanzler Helmut Schmidt, wo immer er auch hinblicke, er sehe in der Welt, in Europa vor allem, keinen einzigen Staatsmann, der dieses Prädikat Staatsmann verdienen würde. Würden Sie sagen, dass Helmut Kohl der letzte Staatsmann im europäischen Sinne war, dem dieses Prädikat gebührt?

Hans-Peter Schwarz: Ich würde dem zustimmen, aber zugleich hinzufügen: Auch Helmut Kohl wäre wahrscheinlich überfordert, wenn er die heutigen Schwierigkeiten zu lösen hätte.

*Frankreich an der
Seite der
Südländer*

*Helmut Kohl als
„der letzte
Staatsmann“?*
